



2017/02 dschungel

<https://shop.jungle.world/artikel/2017/02/vorgeschichte-eines-wandels>

Didier Eribons Beschreibung einer konservativen Revolution in Frankreich

Vorgeschichte eines Wandels

Von **Bernhard Schmid**

Droht Frankreich eine konservative Revolution? Didier Eribon hat ihre Grundlagen bereits in seinem 2007 erschienenen Buch »Über eine konservative Revolution« beschrieben und sich mit den Auswirkungen auf die französische Linke befasst.

Der Begriff »konservative Revolution« ist in Frankreich zum politischen Modewort avanciert. Nachdem François Fillon am 27. November die Vorwahl für die Nominierung als konservativer Präsidentschaftskandidat gewann, titelte die linksliberale Pariser Abendzeitung Le Monde quer über ihre erste Seite: »La révolution conservatrice«. Die sozialdemokratisch-linksliberal ausgerichtete Tageszeitung Libération stellte in ihren Kommentaren ebenfalls »une révolution conservatrice à la française« in Aussicht.

Auch der rechte Politologe Patrick Buisson, der in den vergangenen Jahren zeitweilig das französische Pendant zu Stephen Bannon in den USA darstellte, feierte den Erfolg Fillons als »ein historisches Moment«, das für eine »konservative Revolution« genutzt werden könne und müsse. Buisson war vor nunmehr zehn Jahre als das böse Genie in Erscheinung getreten, das den 2007 gewählten Präsidenten Nicolas Sarkozy beriet und ihm unter anderem die Einrichtung eines Ministeriums für »Einwanderung und nationale Identität« eingegeben hatte. Es bestand vier Jahre lang und wurde 2011 wieder abgeschafft. Buisson zeigte sich alsbald von Sarkozy enttäuscht: Der Mann war in seinen Augen ein Karrierist ohne ideologisches Format, ein Politiker, der nach seinem Wahlsieg nicht wirklich die Umsetzung seiner angeblich festen Überzeugungen angestrebt habe. Nun fühlt Buisson sich bei Fillon, der Sarkozy im zurückliegenden Jahr im Vorwahlkampf mit ähnlichen Vorwürfen konfrontierte, besser aufgehoben.

Den Begriff »konservative Revolution« benutzen die meisten Beobachter dabei nicht auf diese Weise, wie ihn der rechte Autor und Ideologe Armin Mohler zur Beschreibung verschiedener präfaschistischer und pränazistischer Strömungen in der Weimarer Republik genutzt hat, sondern beziehen den Begriff auf die frühere britische Premierministerin Margaret Thatcher. Letztere hat auch Fillon, vor allem aufgrund ihres Marktradikalismus, zu seinem Vorbild erkoren. Allerdings dürften bei Buisson, der im Laufe seiner Karriere unter anderem Chefredakteur der rechtsextremen Wochenzeitung Minute war, beide Konzepte von »konservativer Revolution« durchaus ineinander fließen. Buisson jedenfalls geht es nicht nur um Wirtschaftsliberalismus, wenn er die politische Rechte verstärkt ideologisch aufrüsten will.

Vor rund zehn Jahren gab ein französischer Autor einem seiner Bücher den Titel »Über eine konservative Revolution«, begleitet von der Unterüberschrift: » ... und ihre Auswirkungen auf die

französische Linke«. Es handelt sich um den Philosophen Didier Eribon, dessen in Frankreich bereits 2009 publiziertes Buch »Rückkehr nach Reims« in Deutschland im Laufe des vergangenen Jahres vielfach zum Diskussionsgegenstand wurde. Schon vor seinem in Deutschland viel beachteten Werk »Retour à Reims« behandelte Eribon also »eine konservative Revolution«.

Eribon erinnert an längst vergessene Zeiten, als prominente Intellektuelle wie Michel Foucault noch Hoffnungen auf ein gutes Regierungshandeln richteten und ihre Mitarbeit anboten, die sie als unabhängige Berater leisten wollten.

Anders, als der Titel des Buches es zunächst vermuten lässt, ist dessen Hauptschauplatz allerdings nicht die politische Rechte, sondern die französische Sozialdemokratie. Diese bereitet das Terrain für die ideologischen Auseinandersetzungen und Vorherrschaftskämpfe, an deren Ende eine konservativ-reaktionäre Hegemonie steht. Begleitet wird dieses Ringen um politische und ideologische Vorherrschaft jedoch von Verschiebungen im intellektuellen Diskurs, die in eigenen Kapiteln vertiefend behandelt werden.

Ausgangspunkt für Eribons Überlegungen sind die vertanen Chancen der verschiedenen linken Regierungen. Dabei geht es um die frühen Jahre der Präsidentschaft François Mitterrands ab 1981 sowie die fünfjährige Regierungsperiode des Premierministers Lionel Jospin zwischen 1997 und 2002. Die Regierungsbilanz des ebenso stramm autoritären wie phantasielos wirtschaftsliberalen Premierministers Manuel Valls - von April 2014 zum Dezember 2016 - konnte Eribon, als er das Buch schrieb, noch gar nicht voraussehen: Verglichen mit der geistigen Erbärmlichkeit Valls' wirkt auch noch Jospin im Nachhinein geradezu wie eine Geistesgröße. Eribon erinnert an längst vergessene Zeiten, als prominente Intellektuelle wie Michel Foucault noch Hoffnungen auf ein gutes Regierungshandeln hatten und der Regierung ihre Mitarbeit anboten, die sie als unabhängige Berater leisten wollten. In einem Interview Foucaults, das Ende Mai 1981 - kurz nach der Wahl Mitterrands zum Präsidenten - in der vormals linksradikalen und nun sozialdemokratisch gewendeten Tageszeitung Libération erschien, begrüßte dieser die allerersten Schritte der neuen Regierung. Durch die Abschaffung der Todesstrafe und die damals gerade anlaufende »Legalisierung« des Aufenthalts von rund 130 000 »illegalen Ausländern«, so lautete Foucaults vorläufige Einschätzung, sei bewiesen worden, dass man sich an wahrhaftige progressive Reformen auch gegen Mehrheitsmeinungen in der Gesellschaft herantraue. Würde nur ein Minister zum Telefonhörer greifen, um mit Menschen wie Foucault »über das Gefängnis oder über Psychiatrien« (Michel Foucault im Interview mit Catherine Baker) zu diskutieren, um die dort herrschenden Zustände zu verändern - eine Zusammenarbeit wäre dann möglich, wobei Foucault nicht die Rolle eines Partei- oder Staatsintellektuellen vorschwebte, sondern die Überwindung traditioneller Schranken zwischen »Regierten« und »Regierenden«.

Ein solcher Anruf erfolgte nie, und die bestehenden Hierarchien verfestigten sich alsbald. Beschleunigt wurde der Bruch zwischen anfänglich hoffnungsfrohen Intellektuellen - darunter Foucault, Pierre Bourdieu und Félix Guattari - und der Linksregierung von 1981 durch die Debatte über das Kriegsrecht in Polen, wo die UdSSR unter Leonid Breschnew eine Streikbewegung zu unterdrücken trachtete. Foucault und Bourdieu ergriffen Partei für die polnische Opposition, während die in einer Koalition mit der französischen KP stehenden Regierungssozialisten jede Kritik an der sowjetischen Regierung unter Verweisen auf die »Realpolitik« und die »Stabilität in Europa« abbügelten. Foucault suchte kurz vor seinem Tod

(1984) die Schuld am Desaster vorwiegend bei der französischen KP, welche die mit ihr regierende Sozialdemokratie negativ beeinflusste; in Wahrheit war die prosovjetsche Partei jedoch deren völlig einflussloser Juniorpartner.

Bourdieu und andere Intellektuelle wurden in dieser Phase vorübergehend zum Bündnispartner der eher neoliberalen Strömung in der Sozialdemokratie unter Michel Rocard, die die Koalition mit der KP kritisierte. Doch, so stellt Eribon fest, angesichts der späteren Regierungsbilanz dieser Strömung – Rocard wurde 1988 Premierminister – hätten diese Intellektuellen weiteren Verheerungen den Weg bereitet. War die Kritik am Realsozialismus und »Traditionsmarxismus« aus dieser Ecke doch nur der Vorwand zur weitergehenden Anpassung an Kapitalimperative. Bourdieu, der 2002 starb und ebenso wie Foucault eng mit Eribon befreundet war, versuchte in den neunziger Jahren, zum Ansprechpartner für außerstaatliche soziale Bewegungen zu werden.

Das Umschwenken wird eingeleitet durch die Feststellung, dass mit dem durch manche Intellektuelle ausgerufenen Tod des Marxismus soziale Konflikte eben doch nicht aus der Welt zu schaffen seien.

Der mal schleichend, mal ruckartig vollzogene Rechtsschwenk der französischen Sozialdemokratie wurde durch verschiedene intellektuelle Debatten begünstigt. Es ist bekannt, dass in den späten siebziger Jahren vormals linke oder linksradikale Intellektuelle – die zuvor oft die Lautesten in ihren autoritären maoistischen Gruppen waren – im Namen des »Antitotalitarismus« medienwirksam ihren radikalen Bruch mit dem Marxismus vollzogen. Figuren wie Bernard-Henri Lévy oder Alain Finkielkraut dienten die reichlich späte Entdeckung der Schrecken des Stalinismus und der sowjetischen Lager dazu, nunmehr besonders lautstark des Hohelied des bürgerlichen Liberalismus zu schmettern.

Dabei wurden Eribon zufolge in der ersten Phase der Marxismus wie auch der Strukturalismus verworfen: Jeglicher Versuch, das gesellschaftliche Ganze darzustellen und etwaige Gesetzmäßigkeit desselben herauszufinden, wurde demnach im Namen einer Parteinahme für das Individuum zurückgewiesen.

Alle Versuche einer kritischen Analyse eines als Gesamtheit begriffenen Gesellschaftssystems erschienen demnach als »elaborierter Antihumanismus«. Der Begriff stammt von dem Historiker Marcel Gauchet. Dieser Antihumanismus sollte zugunsten einer »Subjektivphilosophie« aufgegeben werden, die jedoch Eribon zufolge im Konkreten lediglich darauf hinauslief, Gesellschaftswissenschaft in Form von immergleichen Besinnungsaufsätzen über Immanuel Kant oder Alexis de Tocqueville zu betreiben.

Doch in einer zweiten Phase kritisierten viele der beteiligten Intellektuellen auch diesen scheinbar individualistischen Blickwinkel; Eribon nennt etwa Gauchet, aber auch François Dosse sowie den Historiker und Autor François Furet. Der zuletzt genannte Geschichtswissenschaftler betrieb eine Abrechnung mit der Französischen Revolution, von ihm dargestellt als terroristischer Einschnitt, der lediglich den Fortschritt in Gestalt einer – ohne ihn ganz von allein kommenden – Reform der Monarchie von innen heraus verhindert habe, und arbeitete in Deutschland mit dem Historikerkollegen und Geschichtsrevisionisten Ernst Nolte zusammen. Das Umschwenken wird eingeleitet durch die Feststellung, dass mit dem durch manche Intellektuelle ausgerufenen Tod des Marxismus soziale Konflikte eben doch nicht aus der Welt zu schaffen seien. Marcel Gauchet schreibt dazu: »Der große Fehler zu Anfang der neunziger Jahre bestand darin, aus dem Bankrott des Kommunismus mechanisch auf das Verschwinden des Antikapitalismus zu schließen.« Dies sei nicht eingetreten, was er sehr bedauert. Neben den Resten der alten Arbeiterbewegung, die für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen kämpften,

geraten nun auch neue soziale Bewegungen in den Blickwinkel. Diese erheben Forderungen, die oft eher individuelle Rechte betreffen, etwa die Freiheit der Lebensgestaltung, die Gleichberechtigung von Homosexuellen oder die Rechte von Migranten. Aus Sicht vieler Exlinker werden diese Bewegungen als eine Bedrohung für ein großes Ganzes wahrgenommen, dem man sich nun wieder verpflichtet fühlt – in Gestalt eines das Gemeinwohl vertretenden, als sittlich wahrgenommenen bürgerlichen Staates. Ihm gegenüber spricht etwa Gauchet von einer Überforderung durch eine Flut von Ansprüchen, so dass eine »Aushöhlung der Substanz unserer Republik« stattfindet und der Niedergang drohe.

Manche Autoren aus diesem Lager wie François Dosse rehabilitieren vor diesem Hintergrund den »Personalismus«, eine in den Dreißigern entwickelte und christlich grundierte Denkschule um Emmanuel Mounier und die Zeitschrift L'Esprit. Diese stellte in ihrer Rhetorik stark auf »das Subjekt« und seine »Würde« ab, vermochte sich dieses Subjekt jedoch ausschließlich als in »Gemeinschaften« und »Kultur« eingewurzelt vorzustellen. Ihre Argumentation klingt oft individualistisch, doch hatte diese Strömung zu Anfang des Vichy-Regimes erheblichen Einfluss unter dessen Anhängern, etwa an der Eliteschule L'École d'Uriage in den französischen Alpen. Im weiteren Kriegsverlauf vollzogen die Protagonisten, ebenso wie die Mehrheit an der Kaderschule von Uriage, dann allerdings einen Schwenk in Richtung Résistance. In den späten neunziger Jahren gab es den Versuch, den »Personalismus« als weltanschauliche Orientierungsgrundlage wieder in die Diskussion zu bringen, und zwar im Umfeld von Charles Millon, der damals für Bündnisse zwischen Konservativen und Front National warb. Um Millon war es lange Zeit still geworden, er zeigt sich neuerdings wieder im Umfeld von François Fillon. Dies alles konnte Eribon nicht ahnen, als er 2007 – kurz vor Beginn der Ära Sarkozy – sein Büchlein über die damals drohende, doch politisch unter Sarkozy vorläufig ins Stocken geratene »konservative Revolution« verfasste. Doch mit Marcel Gauchet, einem der von ihm dutzendfach zitierten und untersuchten Protagonisten, wählte Eribon in seinen Beobachtungen auch aus heutiger Sicht genau den Richtigen. Gauchet, auch wenn er einen breiten Öffentlichkeit eher unbekannt ist, spielt in den intellektuellen Debatten heute eine wichtige Rolle.

Zwar nahm er 2002 an der Gründung der Sarkozy-Partei UMP – inzwischen Les Républicains – teil, kehrte später jedoch zur Sozialdemokratie zurück, wo er Manuel Valls und seinem Umfeld nahesteht. Jüngst legte er das öffentliche Bekenntnis ab: »Ich bin Sozialdemokrat.« Doch ging 2014 ein Boykottaufruf wegen seines geplanten Auftritts bei einer Geschichtskonferenz im Oktober jenes Jahres in Blois um – begründet mit seinen oft autoritären Ansichten. Im Frühjahr 2016 war Gauchet die Schlüsselfigur bei dem Versuch, unter dem Namen Printemps républicain (»Republikanischer Frühling«) eine Bewegung zu initiieren, die sich zur Verteidigung des autoritären Staatslaizismus zusammenschließen und dabei faktisch Valls zuarbeiten sollte. Die Internetzeitung Mediapart bezeichnete den Gründungsauftrag als »Ordnungsruf des jakobinischen Großbürgertums«. Bislang fanden sich außer einigen drittklassigen sozialdemokratischen Politikern jedoch kaum Prominente zur Unterstützung.

Didier Eribon: *D'une révolution conservatrice et de ses effets sur la gauche française*. Editions Léo Scheer, Paris 2007, 156 Seiten, 16 Euro